

Das Budget des Schreckens

FPÖ fordert Vorverlegung der Steuerreform

Daß die große Koalition nicht das Gelbe vom Ei ist, haben die Österreicher in den letzten drei Monaten deutlich zu spüren bekommen. Statt Lösungen für die Pflege älterer Mitbürger, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder einer gerechteren Verteilung des Wohlstandswachstums über eine Steuerreform vorzulegen, streiten SPÖ und ÖVP, als wäre bereits Wahlkampf.

In dieser Situation haben Grüne und BZÖ ihre Arbeit als Opposition bereits eingestellt und biedernd sich als zukünftige Partner an. Das BZÖ mauert in den Untersuchungsausschüssen für die ÖVP, in Kärnten hingegen gibt man sich für den sozialistischen Gesamtschulversuch her.

Lohn des Opportunismus von Andreas Ruttinger

Die Grünen haben dem Drängen zum Futtertrog der Macht ihre Umweltpolitik der ÖVP untergeordnet, die ihnen dafür in der Familienpolitik entgegenkommt. Da konnte auch die SPÖ nicht hinten anstehen und hat den Grünen beim dritten Volksanwalt mit einer eigentümlichen Gesetzesinterpretation unter die Arme gegriffen.

Da FPÖ und Grüne an Mandaten gleichstark sind und eine Patt-Stellung besteht, läßt man vorsichtshalber doch nicht Demokratie walten und die Abgeordneten wählen, sondern zwingt die Grüne Stoitsits per Gutachten in die Volksanwaltschaft.

Der langatmige Opportunismus der Grünen scheint sich ausgezahlt zu haben und sie näher an den Futtertrog der Macht zu bringen.

Bei diesen Spielchen der Koalitionsparteien – unter tatkräftiger Mitwirkung von Orangen und Grünen – geht die Demokratie baden. Aber die stört doch nur beim Ringen um die besten Plätze am Futtertrog. Opportunismus lohnt sich da viel mehr.

■ „Das Doppelbudget der Koalition strotzt vor Belastungen für Arbeitnehmer und die klein- und mittelständischen Unternehmen. Es ist ein Budget des Schreckens“, urteilten HC Strache und Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl.

„Schon in den ersten beiden Monaten 2007 liegen die Einnahmen aus Lohn- und Körperschaftsteuer dank der guten Konjunktur bereits um 750 Millionen Euro über dem Stand des Vorjahres“, erklärte Themessl. Diese Schröpfung der Arbeitnehmer und Kleinunternehmer schlage sich bei den Konsumausgaben durch: die Mehrwertsteuereinnahmen sind gegenüber 2006 um 400 Millionen zurückgegangen!

Bürokratie abbauen

Strache und Themessl verlangten eine Vorverlegung der Steuerreform, die den Mittelstand und die Klein- und Mittelbetriebe entlasten soll. „Die Österreicher hätten dann mehr Geld für Ausgaben zur Verfügung und die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen würden die Mindereinnahmen bei Lohn- und Unternehmenssteuern fast ausgleichen“,

Statt die Bevölkerung bis 2010 planlos zu schröpfen, sollte das Wachstum genutzt und die Steuerreform vorverlegt werden. „Das heißt eine spürbare Entlastung für Arbeitnehmer und Wirtschaft um drei bis vier Milliarden Euro!“



Die Steuerreform ist finanzierbar! „Wir müssen die Konjunktur nutzen und die Steuerreform vorverlegen“, fordern Parteichef Strache und Wirtschaftssprecher Themessl.

argumentierte Themessl. Hinzu kommen müsse von staatlicher Seite aber ein Bürokratieabbau. Denn der Staat verursache den österreichischen Unternehmen dadurch jährliche Kosten in Höhe von acht Milliarden Euro.

„Allein eine Senkung der Bürokratiekosten auf den EU-Schnitt würde die Unternehmen um fast zwei Milliarden Euro entlasten“, rechnete der freiheitliche

Wirtschaftssprecher vor. Der Schuldenabbau müsse in erster Linie über Einsparungen in der Verwaltungsbürokratie erfolgen. Allein mit der Umsetzung der vom Verfassungskonvent vorgeschlagenen Maßnahmen könnten drei Milliarden Euro jährlich eingespart werden. „Aber Einsparungen bei der Verwaltung sucht man in diesem Doppelbudget vergebens“, kritisierte Themessl.

EINLADUNG

zum 28. Ordentlichen Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs

Samstag, 2. Juni 2007, Beginn: 10.00 Uhr, im Congress Innsbruck, Saal Dogana, Rennweg 3, 6020 Innsbruck

MUT ZUR HEIMAT

Tagesordnung

1. Eröffnung des 28. Ordentlichen Bundesparteitages durch Bundesparteiobermann LPO KO NAbg. Heinz-Christian Strache
2. Begrüßung durch Landesparteiobermann NAbg. Mag. Gerald Hauser
3. Totengedenken
4. Genehmigung der Tagesordnung und Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages
5. Einsetzung einer Mandatsprüfungs- und Stimmzählungskommission und zweier Protokollbeglaubiger
6. Bericht des Bundesparteiobermannes LPO KO NAbg. Heinz-Christian Strache
7. Bericht des Bundesfinanzreferenten KO DDR. Eduard Schock
8. Bericht der Rechnungsprüfer
9. Aussprache über die Berichte
10. Wahlen
 - a) der/des Bundesparteioberfrau/-mannes
 - b) der Stellvertreter
 - c) des Bürgeranwaltes und seines Stellvertreters
 - d) weiterer Mitglieder des Bundesparteivorstandes
 - e) der Mitglieder der Bundesparteileitung
 - f) der Rechnungsprüfer und ihrer Ersatzleute
 - g) der Mitglieder des Bundesparteigerichtes
11. Rede der/des neugewählten Bundesparteioberfrau/-mannes
12. Leitanträge
13. Anträge
14. Schlußworte